

August 2019

# Länderbericht

Auslandsbüro Belarus



## Ein Vierteljahrhundert Lukaschenka

**Das Jubiläum des längstamtierenden Staatschefs Europas verging ohne Pomp, dabei hat der autoritäre Präsident das unabhängige Belarus geprägt wie kein anderer**

*Jakob Wöllenstein*

Der Tag des 25-jährigen Amtsjubiläums des belarussischen Präsidenten verstrich am 20. Juli 2019 ohne besonderen Festakt oder Medienrummel. Dabei hat Aliaksandr Lukaschenka, der für viele Menschen im Vierteljahrhundert seiner Herrschaft zu einer Art Ikone seines Landes geworden ist, dem jungen Staat nach der Unabhängigkeit in vieler Hinsicht ein Gepräge nach seinen Vorstellungen gegeben und eine Machtvertikale errichtet, die in Europa ihresgleichen sucht. Nach innen herrscht er bis heute autoritär, doch genießt aufgrund eines verhältnismäßig starken Sozialmodells nicht unerhebliche Zustimmung. Sein staatszentrierter Wirtschaftskurs, der dem Land in den 1990ern einen Ausverkauf ersparte, führt heute jedoch in die Sackgasse. In der Außenpolitik positioniert er sein Land nach langjährigem Schaukelkurs heute als „neutraler“ Vermittler zwischen Ost und West und nicht wenige sehen in ihm angesichts wachsenden Drucks aus Moskau eine Garantie der staatlichen Unabhängigkeit.

### 25 Jahre „Batska“

Für viele Menschen aus dem Westen Europas gilt die in der Mitte des Kontinents gelegene Republik Belarus bis heute als eine terra incognita. Was sich jedoch für fast jeden untrennbar mit dem Land verbindet, ist ein Name: Aliaksandr Lukaschenka. Der erste und bislang einzige

Staatspräsident des 10-Millionen-Einwohner-Lands beging am 20. Juli 2019 das 25. Jubiläum seines Machantritts und ist der am längsten amtierende Staatschef in Europa. Heute gilt der hochgewachsene Mann mit dem markanten Schnauzbart vielen als eine Art Symbol seines Landes – selbst seinen Gegnern, die ihn gern weiterhin als „letzten Diktator Europas“

bezeichnen. Er selbst versteht sich als der einzige Politiker seines Landes – alle anderen sind höchsten „Politikmanager“ – und zeigt sich gern als volksnaher Landesvater, der sich sowohl der Probleme der kleinen Leute annimmt, als auch für Ordnung und Sicherheit sorgt.<sup>1</sup> Im Volk trägt er dafür den Spitznamen „Batska“, Belarussisch für „Vater“. Einen überbordenden Kult um seine Person hat er jedoch – im Gegensatz zu manch anderem Herrscher im postsowjetischen Raum – nicht entwickelt. Zum Jubiläum schaltete die durch das Verlagshaus der Präsidialadministration herausgegebene Zeitung Belarus Segodnia (bis 2013 „Sovetskaja Belorussija“) sogar ein Online-Sonderprojekt über die Erfolge des Präsidenten, setzte dabei – fast beiläufig – dessen Amtszeit mit dem Bestehen des belarussischen Staates gleich<sup>2</sup>. Dabei waren bereits drei Jahre seit der (Wieder-)Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit im Zuge der Auflösung der Sowjetunion vergangen, als der damals 39-jährige Lukaschenka 1994 das oberste Amt des Staates übernahm.

## Ein Mann aus einfachen Verhältnissen

**Aliaksandr Ryhorawitsch Lukaschenka** erblickte knapp zehn Jahre nach Ende des für Belarus verheerenden Zweiten Weltkriegs im Osten der Belarussischen SSR als Sohn einer alleinerziehenden Melkerin das Licht der Welt. Über seinen Vater ist wenig bekannt, doch steht außer Frage, dass er wie damals üblich, einen maßgeblichen Teil seiner Sozialisation in sowjetischen Jugendorganisationen erfuhr. Auf ein Studium der Geschichte folgte ein zweijähriger Dienst bei den Grenztruppen, eine Zeit als Regionalleiter bei Komsomol, der Jugendorganisation der kommunistischen Partei (KPdSU), sowie drei Jahre als politischer Offizier in einer Panzereinheit. Nachdem er im Alter von 25 Jahren der KPdSU beigetreten war, folgten auf den Militärdienst einige Führungspositionen in verschiedenen staatlichen Agrarbetrieben und ein Fernstudium der Ökonomie an einer Agraruniversität. Seine politische Karriere begann, als er 1990 in den Obersten Sowjet der Belarussischen SSR gewählt wurde. In dieser Funktion gab er später an, als einziger gegen die Auflösung der Sowjetunion gestimmt zu haben.

Gleichwohl stieg er im seit 1991 unabhängigen Belarus nach kurzer Zeit zum Vorsitzenden des Antikorruptionsausschusses des Parlaments (bis 1996: „Obersten Sowjets“) auf und nutzte diese Position, um eine Vielzahl von Verfahren anzustrengen, darunter gegen hochrangige Staatsvertreter, wie Ministerpräsident Wiatschaslau Kebitsch. Die Anklage gegen den als Staatsoberhaupt fungierenden Parlamentspräsidenten Stanislaw Schuschkekewitsch, er habe sich aus Staatsvermögen persönlich bereichert, wurde zwar nicht abschließend aufgeklärt, führte jedoch zu dessen Sturz Anfang 1994 und verhalf Lukaschenka zu einem Image als durchsetzungsfähiger Ordnungsschaffer. Die ersten demokratischen Präsidentschaftswahlen im Sommer desselben Jahres gewann er, auch dank starker Hochburgen im Osten und Südwesten des Landes, mit 80 Prozent.

## Alles hört auf mein Kommando!

**Innenpolitisch** begann der Kampf des neuen Präsidenten um die Erweiterung seiner Kompetenzen und Unterordnung der demokratischen Institutionen direkt nach seinem Machtantritt. In Schritten wie der Entmachtung der Lokalräte, der Neuansiedlung der Finanzadministration des Parlaments bei der Präsidialverwaltung, der Auflösung der „Freien Gewerkschaft“, der Entlassung von Chefredakteuren oder der Unterdrückung eines Korruptionsberichts gegen sein Umfeld sahen Kritiker Verstöße gegen die Verfassung. 1996, als Lukaschenka ein landesweites Referendum zu einer Reihe gesellschaftlicher Fragen initiieren wollte, strengten Mitglieder des Obersten Sowjets ein Amtsenthebungsverfahren vor dem Verfassungsgericht gegen den Präsidenten an, dem sie wiederholten Rechtsbruch vorwarfen. Diesem gelang es jedoch, auch dank vermittelnder Hilfe aus Russland, den Widerstand des Parlaments zu umgehen, und das Referendum durchzusetzen. Dieses diente ihm als Grundlage zur Änderung der Verfassung und einer personellen Neubesetzung des nun in „Nationalversammlung“ umbenannten Parlaments. Sowohl die Europäische Union als auch die Vereinigten Staaten sahen die Abstimmung, die offiziell bei einer

Wahlbeteiligung von 84,1%<sup>3</sup> über zwei Drittel Zustimmung erfuhr, als illegitim.

In den Folgejahren errichtete sich der Präsident eine Machtvertikale, die ihm die Kontrolle über alle entscheidenden Bereiche des öffentlichen Lebens garantiert. Die neue Verfassung sicherte ihm neben dem Instrument, das Parlament auflösen und dessen Entscheidungen durch Dekrete und Erlasse überstimmen zu können, die Kontrolle über das Zentrale Wahlkomitee, weitreichende Gestaltungsmacht über die Exekutive und die Kompetenz, alle obersten Richter direkt oder indirekt zu ernennen. Es folgten die Schließung kritischer Zeitungen, ein Gesetz zur strengen Reglementierung von Massenveranstaltungen und die rechtliche Verankerung des geänderten Wahlsystems, das keine transparente und objektiv einsehbare Kontrolle von Wahlergebnissen vorsieht. Dies führte dazu, dass die OSZE seit 1994 trotz mancher kleinen Verbesserungen keine Wahl in Belarus als demokratisch und fair einstufte. Die Gründung einer eigenen Partei hat er dabei nie für nötig erachtet und sich die ihn unterstützende, in Anlehnung an Putins „Einheitliches Russland“ geschaffene politisch-gesellschaftliche Organisation „Belaja Rus“ formell nie zu eigen gemacht.

Gleichzeitig haben sich in der Zeit seit der belarussischen Unabhängigkeit durchaus politische Parteien im Land herausgebildet. Während acht Proregierungsparteien jedoch die Zeit zwischen nationalen Urnengängen gewissermaßen in einem „Dornröschenschlaf“ verbringen und vor allem vor Wahlen zur Demonstration politischer Pluralität in Erscheinung treten, haben die zehn pro-demokratischen Parteien in Lukaschenkas Belarus keinen leichten Stand. So wurde seit 2001 trotz vielfacher Anträge keine einzige Partei neu zur Registrierung zugelassen und bis heute sehen sich Opposition und politische Aktivisten sowie freie Gewerkschaftler und kritische Medien Repressionen ausgesetzt.<sup>4</sup> Sowohl NGOs als auch die UN-Sonderbeauftragte für die Lage der Menschenrechte in Belarus kritisieren die Situation im Land. Gleichzeitig ist auch hier ein gewisser Wandel zu konstatieren. Während um die Jahrtausendwende Oppositionelle noch

einfach „verschwanden“ und die Großdemonstrationen im Zuge der Präsidentschaftswahlen von 2010 zu einer Welle erheblicher Repression führten, kam es im Jahr 2015 zur Freilassung der politischen Gefangenen. Auch die Vollstreckung der Todesstrafe ist deutlich zurückgegangen – nach Angaben der belarussischen Staatsanwaltschaft in manchen Jahren sogar auf null. Bis heute kommt es hin und wieder zur Durchsuchung kritischer Zeitungsredaktionen und Oppositionelle verweisen darauf, dass ihnen öffentliche Veranstaltungen durch (finanziell) unerfüllbare Auflagen praktisch unmöglich gemacht werden. Doch die Schlagstöcke sind weitgehend aus dem öffentlichen Bild verschwunden.

### „Vertrauen ist gut...“

... doch Kontrolle ist besser! Diese Lenin zugeschriebene Parole beschreibt recht treffsicher den **wirtschaftspolitischen** Ansatz des belarussischen Präsidenten. Lukaschenka bezeichnete sein System in den 1990ern als „marktwirtschaftlichen Sozialismus“ und zielte zunächst vor allem darauf ab, den Ausverkauf des Volkseigentums zu verhindern. Gleichzeitig sollten die Wirtschaftsbeziehungen durch den Staat überwacht werden, welcher dabei nicht nur Spielregeln setzt, sondern auch als Schiedsrichter und eigener bedeutender Spieler auf dem Markt auftritt. Die Direktoren diverser Großunternehmen wurden nach Lukaschenkas Machtübernahme durch Loyalisten ersetzt und seit 1995 entscheidet der Präsident persönlich über die Privatisierung von Großunternehmen – unter Beibehaltung staatlicher Zugriffsrechte und der Möglichkeit einer Wiederverstaatlichung. So werden noch heute bis zu 60 Prozent des BIP von Staatsunternehmen erzeugt, von denen allerdings viele auf Unterstützung angewiesen sind. Die Antwort auf Unwirtschaftlichkeit wird jedoch regelmäßig nicht in strukturellen Reformen, sondern technischer Modernisierung gesucht.<sup>5</sup>

2007 kam es mit dem Verkauf des Gastransportunternehmens „Beltransgas“ an Gazprom zum größten Privatisierungsgeschäft. Hatte das Unternehmen zuvor als strategisch gegolten, sprach der Präsident plötzlich von

einem „verrosteten Rohr“ und veräußerte den Konzern zu einem Preis von fünf Milliarden USD. Was in den Augen von Kritikern einer „Verscherbelung“ angesichts dringender Geldnot gleichkam, sahen andere als „Investition“ in die Energiebeziehungen mit dem östlichen Nachbarn, welche Belarus niedrige Lieferpreise garantierte. In der Tat trugen der Bezug billiger russischer Energieträger, der Export raffinierter Erdölprodukte – zumeist in die EU – und der leichte Zugang zum russischen Absatzmarkt maßgeblich zum sogenannten „belarussischen Wirtschaftswunder“ bei, das dem Land zwischen 2000 und 2010 mitunter Wachstumsraten von über 10 Prozent bescherte. Der Preis war eine Zementierung der Abhängigkeit von Russland.

In den 2000ern stiegen ausländische Direktinvestitionen auf neue Rekordhöhen. Die Gelder, die zumeist in Bereiche wie Transport, Kommunikation, Computertechnologie, Landwirtschaft, Finanzen und Maschinenbau flossen, stiegen zwischen 2005 und 2011 von 64,4 Mio USD (FDI net) auf knapp 4 Mrd USD um den Faktor 60.<sup>6</sup> Allerdings war diese Steigerung weniger auf eine Verbesserung des Investitionsklimas zurückzuführen, als vielmehr auf die Großverkäufe der staatlichen Anteile bei zwei Mobilfunkanbietern Velcom (heute: A1) und BEST (heute: Life) sowie bei dem staatlichen Gastransportunternehmen Beltransgas (heute: Gasprom transgas Belarus).<sup>7</sup> Nachdem die Zahlen angesichts der Krise des Westens mit Russland um die Hälfte zurückgefallen waren, erlebt das Land heute wieder einen leichten Investitionsanstieg.<sup>8</sup> Wichtigster Investor war und ist weiterhin die Russische Föderation.

Der Handlungsspielraum für die Privatwirtschaft wurde jedoch insgesamt nach einer gewissen Liberalisierung der frühen 1990er zunächst wieder deutlich eingeschränkt.<sup>9</sup> Hatte der Präsident 1994 Unternehmer noch als „lausige Flöhe“ bezeichnet, die es „abzuschütteln“ galt, ist spätestens seit dem Jahr 2011 eine neue Rhetorik zu erkennen. Nun war die Rede von der Notwendigkeit einer Unternehmerbasis für das ökonomische Wohlergehen des Landes. Wenngleich die wichtigsten Hürden für nachhaltige Investitionen und stabiles

Wirtschaften weiterhin in einer rechtlichen Stabilität und einem unabhängigen Gerichtswesen liegen, hat sich der Staat an anderer Stelle bewegt und verschiedene Freihandelszonen geschaffen.<sup>10</sup> Zusätzlich eröffnete im Jahr 2014 ein großflächiger Chinesisch-Belarussischer Industriepark in unmittelbarer Nähe des Minsker Flughafens. Großzügige rechtliche und steuerliche Vergünstigungen sollten Technologieunternehmen aus Fernost anziehen, doch finden sich unter den bis dato angesiedelten 50 Unternehmen im Park nur wenige High-Tech-Konzerne. Die größten chinesischen Investoren des Parks gehören der Logistik- und Transportbranche an, die den Park offenbar eher als einen günstigen Umschlagplatz betrachten.

Die zweite Säule des belarussischen Wirtschaftswunders basierte für zwei Jahrzehnte auf einer ständigen Überbeanspruchung der Notenpresse. Das Aufpumpen der Wirtschaft mit billigem Geld kurbelte zwar die Wirtschaft an, führte aber zu zwei- bis dreistelligen Inflationsraten und erzeugte regelmäßig einen „Inflationsüberhang“, der beim Absturz den angehäuften Wohlstand mit sich in den Abgrund riss, wie zuletzt 2011 mit einer Entwertung der nationalen Währung. In dieser Zeit existierten zumeist zwei parallele Wechselkurse – ein offizieller und ein marktbasierter. Letzterer erreichte im Jahr 1998 einen Wert, der um 80 Prozent über dem staatlich ausgegebenen lag. Da juristische Personen verpflichtet waren, Deviseneinnahmen zum offiziellen Kurs an den Staat zu verkaufen, kam dies für jenen einer Umverteilung zu seinen Gunsten gleich. Erst 2015 kam es zu einem grundlegenden Wechsel der Geld- und Kreditpolitik. Heute gilt diese in Belarus als beispielhaft und obwohl das Land wirtschaftlich immer noch viel nachzuholen hat, konnte es seit 2006 im Doing-Business-Ranking der Weltbank von Platz 124 in die Top-40 der Länder mit den besten Bedingungen für das Unternehmertum avancieren.<sup>11</sup>

## Zwischen Russland und EU-Europa

Außenpolitisch übernahm Lukaschenka 1994 ein Land, das sich noch nicht festgelegt hatte. Neben



der in der Zaren- und Sowjetzeit etablierten Nähe zu Russland bot die belarussische Geschichte zahlreiche, lang zurückreichende Verbindungen nach Mitteleuropa und die Beziehungen mit dem Westen entwickelten sich zunächst nicht schlecht. Belarus erhielt Sondergaststatus in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, 1994 besuchte US-Präsident Clinton das Land und 1995 unterzeichnete Minsk ein Kooperations- und Partnerschaftsabkommen mit der Europäischen Union. Lukaschenka sprach in diesen Tagen sogar über die Möglichkeit eines EU-Beitritts seines Landes.

Gleichzeitig war ein Großteil der Staatselite prorussisch und auch der Präsident setzte auf eine schnelle Wiederannäherung mit Moskau. Dies hatte einerseits pragmatische Gründe, da er sich angesichts der schwierigen Wirtschaftslage Unterstützung durch den östlichen Nachbarn erhoffte. Andererseits wirkte die zur gleichen Zeit erfolgte Wiedereinführung sowjetischer Staatssymbolik in leicht abgewandelter Form wie ein Versuch, den Untergang der UdSSR zumindest in Teilen zu „korrigieren“. Da schien ein enges Bündnis mit Moskau nur konsequent, ebenso wie die Wiedereinführung des Russischen als zweiter (und de facto erster) Amtssprache. Schon Anfang 1995 konnten mit der Russischen Föderation zwei militärische Vereinbarungen, ein Zollunionsvertrag und ein Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Kooperation unterzeichnet werden. Diese ermöglichten Moskau im Gegenzug für eine Öffnung seines Marktes und die Lieferung billiger Energieträger die Aufrechterhaltung seiner militärisch-technischen Objekte in Belarus.<sup>12</sup> Weitere Integrationschritte, wie die Abschaffung der zwischenstaatlichen Grenze und diverse Abkommen über enge militärische Zusammenarbeit, mündeten 1999 in die Unterzeichnung des **Vertrags über einen Unionsstaat**.<sup>13</sup> Dieses Abkommen, das Lukaschenka, so munkelt man, damals als Sprungbrett gesehen haben könnte, einmal selbst Herr im Kreml zu werden, sah neben einer gemeinsamen Währung unter anderem ein gemeinsames Parlament vor, landete jedoch nach der Machtübernahme durch Vladimir Putin im Jahr 2000 auf Jahrzehnte in der Schublade.

Das umstrittene Referendum von 1996 hingegen sorgte für eine deutliche Abkühlung der Beziehungen mit dem Westen, welcher darin einen eklatanten Rechtsverstoß sah. Das Partnerschaftsabkommen wurde nicht ratifiziert und so ist bis heute die „aktuellste“ Rechtsgrundlage der Beziehungen zwischen Belarus und der EU ein Handelsvertrag der EG mit der Sowjetunion aus dem Jahr 1989. 1997 verhängte die EU zum ersten Mal Sanktionen gegen Belarus und forcierte hochrangige Kontakte und technische Unterstützung ein – mit Ausnahme der Tschernobyl-Hilfe. Ein Konflikt über Diplomatenresidenzen im Minsker Stadtteil Drazdy ließ die Beziehungen weiter erodieren und die EU verhängte eine Visasperre gegen Lukaschenka und seine Entourage.<sup>14</sup> Dieser wiederum intensivierte seine Beziehungen zu Gegnern des Westens, wie Slobodan Milosevic, dem er 1999 nahelegte, mit Jugoslawien dem Unionsstaat beizutreten oder Saddam Hussein, dem er 2003 politisches Asyl anbot. Der Beratungs- und Monitoringgruppe der OSZE in Minsk warf er 2001 vor, Kämpfer der belarussischen Opposition zu unterstützen,<sup>15</sup> und das 2003 in Minsk eröffnete Büro der Organisation hatte nur etwa sieben Jahre Bestand. Auch das Verhältnis mit den USA kühlte sich in den 2000er Jahren aufgrund der Entwicklung der Menschenrechtssituation und gegenseitiger Wirtschaftssanktionen merklich ab<sup>16</sup> und erreichte mit dem Abzug der Botschafter im Jahr 2008 einen **Tiefpunkt**.<sup>17</sup>

Gleichsam blieb nach dem Amtsantritt Putins auch das Verhältnis mit Russland nicht spannungsfrei. Streitfragen mit Moskau drehten sich vor allem um Öl- und Gaspreise sowie Energietransit und führten der belarussischen Führung ihre Abhängigkeit schmerzhaft vor Augen.<sup>18</sup> Inwieweit Russlands Krieg gegen Georgien 2008 bei Lukaschenka zu einem Umdenken führte, bleibt Gegenstand von Spekulation. Jedoch begann im selben Sommer, nach der Freilassung politischer Gefangener, ein Tauwetter in den Beziehungen mit der Europäischen Union. Jene wiederum hatte kurz zuvor eine Repräsentanz in Minsk eröffnet und ließ nun den Großteil ihrer Sanktionen fallen. Die Jahre 2008-2010 können als Beginn der sogenannten „**Schaukelpolitik**“ betrachtet

werden und sahen neben dem Beitritt der Republik Belarus zum EU-Programm der Östlichen Partnerschaft auch hochrangige Besuche, wie etwa der Außenminister Polens und Deutschlands.<sup>19</sup> Diese sollen dem Land sogar Wirtschaftsunterstützung in Milliardenhöhe in Aussicht gestellt haben – unter der Bedingung demokratischer Präsidentschaftswahlen.

Moskau wiederum betrachtete diese Annäherung mit Skepsis, gerade vor dem Hintergrund, dass die Verhandlungen über eine Zollunion zwischen beiden Ländern und Kasachstan vor dem Abschluss standen, doch Belarus weiterhin versuchte, einen einheitlichen Ölmarkt durchzusetzen. Die russischen Medien übten sich in einer regelrechten Hetze gegen den Präsidenten des Nachbarlandes und der Kreml drohte, die Ergebnisse der anstehenden Präsidentschaftswahl nicht anzuerkennen. Ob Lukaschenka die Annäherung mit dem Westen in dieser Zeit tatsächlich, wie von Kritikern behauptet, nur als Druckmittel gegenüber Russland verstanden hat, oder sich aufrichtiger guter Wille an den politischen Realitäten brach, ist schwer nachzuweisen. Jedenfalls ließ die Niederschlagung der Proteste am Wahlabend kurz vor Weihnachten 2010 das **Tauwetter** mit dem Westen in eine **Eiszeit** kippen. Lukaschenka hingegen unterzeichnete nicht nur den Vertrag zur erweiterten Zollunion mit den östlichen Partnern, sondern versprach darüber hinaus die Ratifizierung eines Vertrags, der 2015 unter dem Namen „Eurasische Wirtschaftsunion“ in Kraft trat.

Es sollte mehrere Jahre dauern, bis eine Wiederannäherung mit dem Westen begann – diesmal eingebettet in die durch den Präsidenten ausgerufenen „**Multivektoralität**“ der Außenpolitik. Unter dem Eindruck der Ukraine Krise verstand Lukaschenka es, sein Land als Vermittler und Friedensstifters zwischen den beiden Nachbarstaaten und Europa zu positionieren – bis heute steht „Minsk“ synonym für die Abkommen zum (erhofften) Weg aus der Krise. Die belarussische Außenpolitik erkennt weder die Krimannexion noch die Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens an und zielt heute vielmehr auf die Wahrung einer neutralen Position in der neuen Ost-West-

Konfrontation.<sup>20</sup> Gleichzeitig ermöglichte die Freilassung der politischen Gefangenen 2015 einen zaghaften Neuanfang in den Beziehungen mit der EU. Seitdem hat Belarus sein Engagement in der Östlichen Partnerschaft erhöht, gewährt EU-Bürgern visumsfreie Einreise von bis zu 30 Tagen und ein neuer Grundlagenvertrag sowie ein Visaerleichterungsabkommen sind weitgehend ausgearbeitet.

Hingegen ist das Verhältnis mit Russland heute das schwierigere. Nachdem Premierminister Medwedjew im Dezember 2018 den alten Unionsvertrag wieder aus der Schublade holte und Art und Ausmaß russischer Unterstützung für Belarus an die Einhaltung des Abkommens knüpfte, ging in manchen Minsker Kreisen bereits die Sorge einer drohenden Zwangseingliederung um. Wenngleich dies übertrieben scheint, soll nun über verschiedene Roadmaps bis zum Herbst ein Plan zur „vertieften Integration“ beider Länder erarbeitet werden.

## Weitere 25 Jahre?

Um sich 25 Jahre an der Spitze seines Landes halten zu können, brauchte Lukaschenka – mindestens – zweierlei: den unbedingten Willen zur Macht und eine pragmatische Flexibilität in praktischen Fragen. Seine Handlungsspielräume wusste er dabei geschickt auszunutzen und zu erweitern. Gleichwohl stoßen diese an die „natürlichen“ Grenzen ökonomischer Gesetzmäßigkeiten und der geografischen Lage in einer „besonderen Nachbarschaft“. So steht Lukaschenka heute vor manch ähnlichen Herausforderungen wie schon 1994. Die Wirtschaft des Landes benötigt nach weitgehender Expertenmeinung grundlegende Reformen, um konkurrenz- und zukunftsfähig zu bleiben. Das Bündnis mit Russland soll als ein besonderes erhalten bleiben, aber nicht so eng werden, dass es das kleine Land erstickt. Dass beide Fragen aufgrund der wirtschaftlichen Abhängigkeit Minsks von Moskau miteinander verquickt sind, ist dem Präsidenten bewusst, ebenso wie die Tatsache, dass seine Akzeptanz im Volk zu nicht unerheblichen Teilen mit dem Versprechen verknüpft ist, einen bescheidenen Wohlstand und soziale Sicherheit zu garantieren. Zwar bleibt die für sich genommen enorme

Steigerung der Durchschnittslöhne in seiner Amtszeit von 20 (!) USD auf 500 USD im Vergleich hinter den meisten Nachbarn zurück (Ausnahme Ukraine). Jedoch wissen zum einen viele Belarussen nach den Katastrophen des 20. Jahrhunderts und angesichts der Krisen in der Region die Stabilität explizit zu schätzen. Zum anderen haben sich viele schlichtweg mit dem System arrangiert und leben apolitisch und angepasst. So wirkt es für diesen „Gesellschaftsvertrag“ und Lukaschenkas Macht bedrohlich, dass die Auslandsverschuldung des Landes seit Beginn der Ära Lukaschenka von 1,2 Mrd USD auf 16,5 Mrd USD gestiegen ist. Wie hoch seine Beliebtheitswerte im Volk tatsächlich liegen, ist kaum zu ermitteln.<sup>21</sup> Nachdem er jedoch in früheren Jahren angab, Wahlergebnisse nach unten (!) manipuliert zu haben, da seine Beliebtheit so hoch sei, dass sie unglaubwürdig scheine, räumte er im Juni 2019 ein, dass „das Volk gerade nicht aus Liebe zu uns [der Staatsführung] sterben“<sup>22</sup> würde. Somit soll der Ansatz „multivektoraler“ Auslandsbeziehungen auch vor allem die Handelskontakte mit dem Westen beleben. Die Annäherung mit der EU wird jedoch an Grenzen stoßen, solange aus Brüsseler Sicht keine substanziellen Verbesserungen der Demokratie- und Menschenrechtslage zu verzeichnen sind.

Aus Sicht derjenigen, die in den 1990er Jahren Hoffnung hegten, auch Belarus könne sich in Anknüpfung an frühere Tradition nach Westen orientieren und demokratisch entwickeln, ist die bisherige Bilanz der Ära Lukaschenka eher enttäuschend. Insbesondere bei politischen Freiheiten und Menschenrechten schneidet das Land weiterhin mager ab, wenn auch einige vorsichtige Schritte der letzten Jahre in die richtige Richtung zeigen. Legt man jedoch das Freiheitsranking von Freedom House zugrunde, lässt sich immerhin konstatieren, dass Belarus innerhalb Europas nicht mehr den letzten Platz belegt und den Titel der „letzten Diktatur Europas“ somit gewissermaßen abgegeben hat.<sup>23</sup>

Lukaschenka ist es gelungen, die Republik Belarus, ein Land, das über weite Teile seiner Geschichte untergeordneter Teil seiner Nachbarländer war, unter seiner Führung als

souveränen Staat auf der europäischen Landkarte zu konsolidieren. Mit Blick auf andere Länder in der Nachbarschaft der EU scheint es als Erfolg, dass der Staat stabile Institutionen und weder Territorialkonflikte mit den Nachbarn noch ethnisch-religiöse Konflikte, Terrorismus oder ein besonderes Ausmaß organisierter Kriminalität aufweist. Auch dass es sich trotz der engen Partnerschaft mit Russland nicht an dessen Waffengängen in Syrien und der Ukraine beteiligt und stattdessen eine geopolitische Neutralität anstrebt, gilt es anzuerkennen. Angesichts des wahrnehmbaren Drucks aus Moskau wird das offizielle Minsk dieser Tage aber nicht müde, auf die Unantastbarkeit seiner staatlichen Eigenständigkeit hinzuweisen. Dafür greift es sogar auf folkloristische Symbolik und Gedenktage zurück, die lange als Markenzeichen der – als nationalistisch verschrien – Opposition galten. Doch auch dies demonstriert die Anpassungsfähigkeit Lukaschenkas und viele sehen gerade in dessen starkem Machtinstinkt eine besondere Garantie für den Erhalt der Unabhängigkeit.

Eine zentrale Zukunftsfrage bleibt für Belarus und seinen Präsidenten die der einstigen Machtübergabe. Lukaschenka wird zwar bei den kommenden Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2020 wieder antreten, doch hat er angekündigt, nicht eines Tages „im Sarg“ aus seiner Amtsstube getragen werden zu wollen. So sorgte er für Aufmerksamkeit, als er in Aussicht stellte, eine Verfassungsreform durchführen zu wollen, die eine Umverteilung von Kompetenzen vom Präsidentenamt zugunsten der Regierung und des Parlaments vorsehe. Es scheint, dass Lukaschenkas einem möglichen Nachfolger nicht die Machtfülle überlassen will, die er dem Amt für sich verliehen hat. In der Diskussion steht gar die Einführung eines gemischten Wahlsystems aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht. Ein solches käme jedoch frühestens Ende 2020 zum Tragen – nach den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Mit Blick auf die beginnende Wahlkampfzeit sprach Lukaschenka hingegen von einer „politischen Orgie“<sup>24</sup>.

Er bleibt sich treu.

- 
- <sup>1</sup> Expert: „Jedinstvennomu politiku“ v Belarus partija vlasti ne nuzhna. Verfügbar unter: <http://ru.rfi.fr/evropa/20180122-ekspert-edinstvennomu-politiku-v-belarusi-partiya-vlasti-ne-nuzhna>. Abgerufen am 09.08.2019. Lukashenko anansiroval otstavku pravitelstva. Verfügbar unter: <https://nn.by/?c=ar&i=214327&lang=ru>. Abgerufen am 09.08.2019.
- <sup>2</sup> Chetvert veka belorusskoj gosudarstvennosti. Verfügbar unter: <http://25.by/>. Abgerufen am 09.08.2019.
- <sup>3</sup> Protokol Tsentralnoj komissii Respubliki Belarus po vyboram. Verfügbar unter: <http://www.rec.gov.by/sites/default/files/pdf/Archive-Referenda-1996-Protokol.docx.pdf>. Abgerufen am 09.08.2019.
- <sup>4</sup> Allein der Antrag der Belarussischen Christdemokraten auf Registrierung wurde sieben Mal abgelehnt. S.u.: <https://euroradio.fm/ru/partii-belorusskaya-hristianskaya-demokratiya-sedmoy-raz-otkazali-v-registracii>. Abgerufen am 09.08.2019
- <sup>5</sup> Alleine 2011 bis 2015 wurden 40 Mrd. USD Dollar in die Modernisierung der Industrie und der Landwirtschaft investiert. S.u.: <http://shod.belta.by/programma/>. Abgerufen am 09.08.2019.
- <sup>6</sup> S.u.: <http://www.belstat.gov.by/en/ofitsialnaya-statistika/macroeconomy-and-environment/business-finance/annual-data/foreign-investment/>. Abgerufen am 09.08.2019.
- <sup>7</sup> Vliyaniye PII na torgovlyu i peredachu tekhnologiy v Belarusi. Verfügbar unter: <http://www.research.by/webroot/delivery/files/pp2008r07.pdf>. Abgerufen am 12.08.2019.
- <sup>8</sup> S.u.: <https://www.nordeatrade.com/no/explore-new-market/belarus/investment>. Abgerufen am 09.08.2019.
- <sup>9</sup> Die restriktive Haltung bei der Privatisierung von Staatsbetrieben begünstigte auf der anderen Seite das Entstehen einiger mittelständischer Unternehmen „aus eigener Kraft“. Zu nennen sind etwa Greenfield-Projekte wie „Santa-Bremor“ und Milchproduzenten von Moschenski, „Conte“ von Gebrüdern Bojko, viele Bierbrauer, Mark Formell u.a. Der 2005 begründete High-Tech Park, der heute die belarussische IT-Branche prägt, ist auch diesem Trend zuzurechnen. S.u.: <https://news.tut.by/economics/643329.html> und <https://news.tut.by/economics/640829.html>. Abgerufen am 09.08.2019.
- <sup>10</sup> Trotz allem bleibt das Verhältnis zwischen Lukaschenka und dem Unternehmertum wechselhaft. Ein Beispiel ist die Geschichte des präsidialen Erlasses über das Scheinunternehmertum Nr. 488 von 2012. Der Erlass kriminalisierte den Geschäftskontakt mit Steuersündern, was viele fair agierenden Unternehmen in den Ruin trieb, die unbewusst auf die falschen Partner gesetzt hatten. Durch rückwirkende drakonische Geldstrafen gingen nicht wenige auch gutgläubige Unternehmen pleite. Die durch die Geschäftskreise lange erkämpfte Abschaffung des Erlasses wurde im April 2019 endlich erreicht, jedoch wurden viele der gestrichenen Bestimmungen später wieder eingeführt. S.u.: <https://news.tut.by/economics/645974.html>. Abgerufen am 09.08.2019.
- <sup>11</sup> Doing Business. Verfügbar unter: <https://www.doingbusiness.org/en/rankings>. Abgerufen am 09.08.2019. Belarus v reitinge „Vedenije biznesa“. Verfügbar unter: [https://www.economy.gov.by/ru/doing\\_biznes-ru/](https://www.economy.gov.by/ru/doing_biznes-ru/). Abgerufen am 09.08.2019.
- <sup>12</sup> Skolko rossojskikh voyennyh objektov na territorii Belarusi. Verfügbar unter: <https://bit.ly/31nD01Y>. Abgerufen am 09.08.2019. Rossijskiye voyenniye obyektu i bazy za rubezhom. Verfügbar unter: <https://eurasia.expert/rossiyskie-voennye-bazy-i-objekty-za-rubezhom-belarus-moldova-kavkaz/>. Abgerufen am 09.08.2019.
- <sup>13</sup> Die wirtschaftlichen Zugeständnisse waren seitens Russlands gegenüber Belarus Mitte der 1990-er nicht ganz uneigennützig. Wohl nicht zuletzt dank diesen Zugeständnissen arbeiten die beiden Staaten militärpolitisch und militärtechnisch seit 1996 auf engste Art und Weise zusammen. Seit 1996 gibt es den gemeinsamen Flugabwehrbereitschaftsdienst, seit 1998 dürfen die Armeen der beiden Staaten jeweils die Übungsplätze des anderen Staates nutzen. Seit 1999 gibt es eine gemeinsame regionale Streitkräftegruppe der beiden Staaten. S.u.: <https://news.tut.by/economics/643435.html>. Abgerufen am 09.08.2019.
- <sup>14</sup> 1998 wiesen die belarussischen Behörden ausländische Diplomaten aus ihren Residenzen in Drazdy unter dem Vorwand der Reparatur der Kanalisation. Kritiker sahen den wahren Grund darin, dass die Diplomaten nicht in unmittelbarer Nähe der neuen Präsidialresidenz wohnen sollten. Sieben Länder beriefen daraufhin ihre Botschafter ab. Der Visa-Bann betraf neben Lukaschenka 131 belarussische Staatsbedienstete. S.u.: <https://news.tut.by/economics/643435.html>. Abgerufen am 09.08.2019.
- <sup>15</sup> Aleksandr Lukaschenko sdalsya na milost OBSE. Verfügbar unter: <https://www.rbc.ru/politics/15/08/2001/5703b2739a7947783a5a1db2>. Abgerufen am 09.08.2019.



- 16 In die 2000er fallen sowohl die Verabschiedung des „Belarus Democracy Act“ durch US-Präsident George W. Bush, als auch die Formulierung vom „letzten Diktator Europas“ durch US-Außenministerin Condoleezza Rice, die Ausweitung von Sanktionslisten. S.u.: <https://news.tut.by/economics/643435.html>. Abgerufen am 09.08.2019.
- 17 Valentin Rybakov – svyaznoj Minsk s Soydinyonnyimi Shtatami. Vefügbar unter: [https://naviny.by/rubrics/politic/2011/10/24/ic\\_articles\\_112\\_175574](https://naviny.by/rubrics/politic/2011/10/24/ic_articles_112_175574). Abgerufen am 12.08.2019.
- 18 Das Scheitern der angeblich vereinbarten Integrationspläne insbesondere der zur Einführung der einheitlichen Währung ab 2005 und dann ab 2008, regelmäßige Öl-, Gas- und Handelskonflikte belasteten die Beziehungen. 2004 führt ein Gasdisput sogar dazu, dass der belarussische Botschafter aus Moskau zu Konsultationen abberufen wird. S.u.: <https://news.tut.by/economics/643435.html>. Abgerufen am 09.08.2019.
- 19 Diese beschrieb der belarussische Politikwissenschaftler Vital Silitski einmal mit der Formel: Die belarussische Außenpolitik gegenüber dem Westen ist nur eine Funktion der belarussischen Verhältnisse mit Russland. Quelle: Diskussionen der KAS Belarus mit Herrn Silitski († 2011).
- 20 Schon auf dem Gipfel der Östlichen Partnerschaft in Vilnius 2013 hatte Außenminister Makej, der im Vorjahr als erster wieder von der Sanktionsliste gestrichen worden war, einen Vorschlag zur Aufnahme von Verhandlungen über Visaerleichterungen unterbreitet. S.u.: <https://news.tut.by/economics/643435.html>. Abgerufen am 09.08.2019.
- 21 Seit der Zerschlagung des letzten unabhängigen soziologischen Dienstes, des Independent Institute of Social, Economic, and Political Studies (IISEPS), der sich mit sozialen und politischen Studien befasst hat, gibt es kein objektives Ranking zu Lukaschenkas Beliebtheit. S.u.: <https://eurobelarus.info/news/society/2016/08/15/vladimir-matskevich-unichtozhenie-nisepi-poslednyaya-stadiya.html>. Abgerufen am 09.08.2019.
- 22 Lukashenko: i ya ponimayu, i vy ponimaete, chto ne umiraet narod ot lyubvi k nam. Verfügbar unter: <https://euroradio.fm/ru/lukashenko-i-ya-ponimayu-i-vy-ponimaete-chto-ne-umiraet-narod-ot-lyubvi-k-nam>. Abgerufen am 09.08.2019.
- 23 Belarus Profile. Verfügbar unter: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2018/belarus>. Abgerufen am 08.09.2019. Russia Profile. Verfügbar unter: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2018/russia>. Abgerufen am 08.09.2019.
- 24 Mnenie eksperta: vakhanaliya, o kotoroj zayavil Lukashenko, normalnyj demokraticeskij protsess, kogda narod vybiraet vlast. Verfügbar unter: <https://www.intex-press.by/2018/11/14/mnenie-eksperta-vakhanaliya-o-kotoroj-zayavil-lukashenko-normalnyj-demokraticeskij-protsess-kogda-narod-vybiraet-vlast/>. Abgerufen am 09.08.2019.

## Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Jakob Wöllenstein  
Leiter Auslandsbüro Belarus  
Europäische und Internationale Zusammenarbeit  
[www.kas.de/belarus](http://www.kas.de/belarus)

[Info.Belarus@kas.de](mailto:Info.Belarus@kas.de)



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)